

WILLY MEINT:

WIE KRANK IST UNSER
GESUNDHEITSWESEN?



Qualität dank Wettbewerb

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens lässt die Begehrlichkeiten und die Prämien laufend steigen. Eklatante Fehlanreize im heutigen System sind zu beseitigen. Die Eigenverantwortung ist zu stärken. Die Bevormundung des Bürgers unter dem Banner der Gesundheit, die immer groteskere Züge annimmt, ist zu stoppen. Dem ausufernden Treiben des Bundesamts für Gesundheit (BAG) sind Grenzen zu setzen.

Überregulierter Gesundheitsbereich

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, und ein medizinischer Fortschritt, der immer mehr Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, sind Faktoren, die zu einem immer grösseren Konsum an medizinischen Leistungen führen. Verbunden mit einem Versicherungsobligatorium ist klar, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch in Zukunft hoch bleiben wird. Noch mehr staatliche Eingriffe sind hier indes die falsche Medizin. Regulierungen, Bürokratie und Staatsinterventionismus schränken im Gesundheitswesen zunehmend die Eigenverantwortung und die Entfaltung einer innovativen Privatwirtschaft ein.

Ausufernder Leistungskatalog

Im Krankenversicherungswesen geht es heute nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die Behörden festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Diese ausufernde Abdeckung jedes Krankheitsrisikos und jedes individuellen Bedürfnisses führt seitens der Bevölkerung zu einer Vollkasko mentalität, bei der jegliche Eigenverantwortung verloren geht.

Teurer Präventionswahn

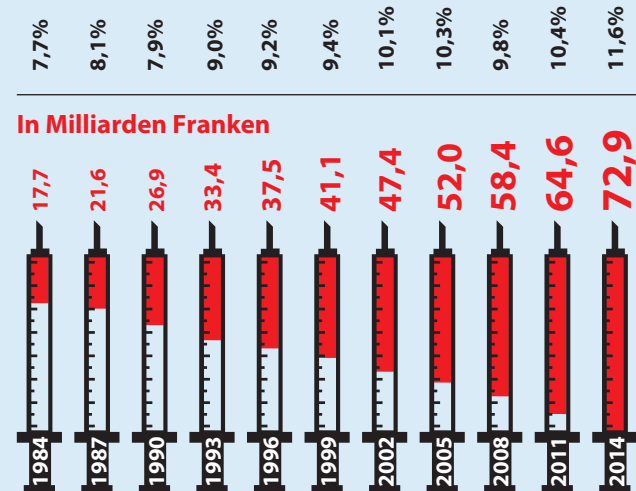
Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Von 2014 bis 2018 ist gemäss Finanzplan im Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Ausgabenwachstum von 418 Millionen Franken auf insgesamt 3,1 Milliarden Franken zu verzeichnen. Begründet wird dies unter anderem mit der generellen Präventionstätigkeit des BAG. Die Gesundheitsfunktionäre und

selbsternannten Experten des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben verhehlen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Präventionswahns. Immer mehr Geld fliesst in zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Fehlanreize beseitigen

Die SVP kämpft gegen die weitere Zentralisierung und Verstaatlichung im Gesundheitswesen. Weitere Staatseingriffe, neue Gesetze, Kontrollor-

Anteil Gesundheitsausgaben am BIP



gane und zentrale Kompetenzen beim Bund müssen verhindert werden, da sie heute bereits den Wettbewerb behindern und Fehlanreize schaffen. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel beim BAG in die gesundheitspolitischen Kompetenzen der Kantone eingreifen. Dies darf nicht sein. Die Rolle der Kantone ist gleichzeitig neu zu definieren und auf wesentliche Aufgaben der Aufsicht und Kontrolle zu beschränken. Die SVP plädiert daher für eine klare Rollenteilung und Reduktion der Interessenskonflikte. In diesem Sinne sollen die Spitäler verselbständigt, die tarifrechtlichen Fragen von den Tarifpartnern verhandelt und allenfalls von einer unabhängigen richterlichen Instanz bewilligt werden.

Eigenverantwortung stärken

Wettbewerb und Vertragsfreiheit müssen auch im Gesundheitswesen als Grundprinzipien wirken und daher gestärkt werden. Die Eigenverantwortung der Versicherten, d.h. auch deren Kostenbeteiligung, muss erhöht und eine übertriebene Anspruchshaltung verhindert werden. Das persönliche Verhältnis und die daraus abgeleiteten direkten Verantwortlichkeiten zwischen Arzt und Patient, zwischen Apotheker und Kunden oder auch zwischen Versicherung und Versichertem müssen im Vordergrund stehen. Die SVP befürwortet daher die Schaffung eines auf die wesentlichen gesundheitlichen Bedürfnisse beschränkten Grundleistungskataloges im Obligatorium, der um frei wählbare, aber durch Zusatzversicherungen finanzierte Leistungen ergänzt werden kann. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene müssen ausserhalb des KVG-Systems und direkt auf Kosten des Bundes bzw. der Kantone behandelt werden.

Akademisierung der Pflegeberufe stoppen

Der heutige Mangel an Pflegepersonal ist auch die Folge von Fehlentscheidungen im Bildungsbereich. Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie mit einer Akademisierung der Pflegeberufe höhere Qualität und Quantität erreicht werden soll. Ein akademischer Titel belegt eine theoretisch ausge-

richtete Ausbildung, sagt aber rein gar nichts über die Qualität zu Gunsten der Patienten aus. Zudem ist die Ausbildung eines einheimischen Ärztenachwuchses unter anderem durch die Abschaffung des unsinnigen Numerus clausus zu fördern.



STANDPUNKTE

Die SVP

- steht für eine wettbewerbliche Ausrichtung des Gesundheitswesens ein, die für Stadt und Land eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung garantiert;
- fordert mehr Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten und damit deren Wohlergehen zu stärken;
- verlangt eine Entschlackung des Leistungskataloges in der Grundversicherung und die Gestaltung des Leistungskataloges in Form einer Positivliste. Geschlechtsumwandlungen, Schönheitsoperationen usw. dürfen nicht auf die Allgemeinheit übergewälzt werden;
- will die sofortige Aufhebung der amtlich festgelegten Obergrenze der frei wählbaren Franchise in der obligatorischen Krankenversicherung;
- setzt sich dafür ein, dass die Palliative Care als ganzheitliches Betreuungskonzept für Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden Krankheiten im Gesundheitswesen offiziell verankert wird;
- wehrt sich gegen absurde und teure Selbstbefriedigungs-Kampagnen unter dem Deckmantel der Prävention und setzt auf die Eigenverantwortung der Bürger;

STANDPUNKTE

Die SVP

- verlangt, dass rechtswidrig in der Schweiz lebende Personen (Sans-Papiers und abgewiesene Asylbewerber) keinen Anspruch mehr auf eine obligatorische Krankenversicherung haben;
- fordert, dass die Akademisierung der Pflegeberufe rückgängig gemacht wird und dem Pflegenotstand in der Schweiz durch mehr Ausbildungsplätze begegnet wird;
- lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab.

VORTEILE +

Das bringt mir

- ✓ als Patient eine qualitativ hochstehende Betreuung;
- ✓ als Familie bezahlbare Krankenkassenprämien;
- ✓ als Bewohner einer Randregion Gesundheitsversorger in der Umgebung;
- ✓ als Arzt die freie Ausübung meines Berufes ohne zunehmende staatliche Bevormundung.